

Keine Wertschätzung, sondern Unverschämtheit

Die Länder sparen sich kaputt



dbb Tarifchef Volker Geyer in Nürnberg am 29. November 2023

Gleich zwei Großdemos haben der dbb und seine Fachgewerkschaften im Süden Deutschlands durchgeführt. In Nürnberg und Stuttgart zeigten über 5.000 Kolleginnen und Kollegen, was sie von der Blockade der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) halten: nichts! In der dritten Verhandlungsrunde hängt es jetzt von den Ländern ab. Die Geduld der Beschäftigten geht dem Ende zu.

Nürnberg

Im Nürnberg zogen am 29. November 2023 über 3.000 Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgewerkschaften des Bayerischen Beamtenbunds in zwei Demonstrationen durch die Innenstadt, um für ihre Forderungen einzutreten.

Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, sagte bei der Abschlusskundgebung: „Was die Länderarbeitgeber uns bisher bei den Verhandlungen bieten, ist keine Wertschätzung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, das ist eine Unverschämtheit. Wie wollen die Länder auf dem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt bestehen, wenn sie bei der Bezahlung jetzt sogar signifikant hinter Bund und Kommunen zurückfallen – von der Privatwirtschaft ganz zu schweigen?“

Rainer Nachtigall, Vorsitzender des BBB – Bayerischer Beamtenbund, forderte den Freistaat auf, „seiner Vorreiterrolle im Beamtenrecht auch im Tarifbereich gerecht zu werden und im Kreis der Bundesländer auf einen angemessenen Abschluss hinzuwirken!“ Er dankte dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker für die Zusage, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen. „Froh wird man damit aber nur, wenn die Beträge stimmen!“

Stuttgart

„In den vergangenen zwei Verhandlungsrunden hatten die Länder genug Gelegenheiten, uns ein Angebot vorzulegen. Statt Angebote zu bitter notwendigen Verbesserungen, haben sie uns die kalte Schulter gezeigt“, machte dbb Tarifchef Volker Geyer bei der Großkundgebung am 30. November 2023 in Stuttgart deutlich. „Wir dürfen uns von den Arbeitgebenden wieder und wieder die gleichen schwachen Argumente anhören: Die Forderungen seien zu hoch und die Kassen leer. In einer Zeit, in der die Inflation seit 2021 anhaltend hoch ist und wir einen Arbeitskräftemangel in Deutschland haben, ist diese Verweigerungshaltung nicht hin-

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg

nehmbar.“ Geyer weiter: „Wer Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Pflege will, muss die Menschen in diesen Bereichen auch angemessen bezahlen, statt an jeder Ecke zu sparen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten Deutschland am Laufen. Wer meint, beim öffentlichen Dienst sparen zu müssen, darf sich nicht wundern, wenn der bald nicht mehr funktioniert. Mit dieser gesellschaftlichen Kurzsichtigkeit sparen sich die Länder selbst kaputt.“

Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des BBW – Beamtenbund Tarifunion, kritisierte die Konkurrenz zwischen Bund und Kommunen und den Ländern: „Beschäftigte, die für die Länder arbeiten, erhalten für dieselbe Tätigkeit weniger, als wenn sie für Bund oder Kommunen arbeiten würden.“ Der dbb fordert daher 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro, um den Unterschied zwischen den Arbeitgebenden auszugleichen und das Einkommen an die Inflation anzupassen. Rosenberger wies zudem auf die drohende Fachkräfteabwanderung im öffentlichen Dienst hin: „Wir suchen im öffentlichen Dienst der Länder händeringend nach Fachkräften. Da können wir es uns schlicht nicht leisten, wenn wertvolle Fachkräfte wegen der besseren Konditionen zu Bund, Kommunen und der Privatwirtschaft abwandern. Nein, die Länder müssen wieder attraktiv für Fachkräfte werden. Und das gelingt nur mit besserer Bezahlung, besseren Arbeitsbedingungen sowie unbefristeter Übernahme von Auszubildenden und Studierenden.“

10,5%
500 Euro
mindestens

Berlin

Am 30. November 2023 haben Mitglieder der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) einen Warnstreik durchgeführt und zusammen mit verbeamteten Kolle-



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



29. November, Nürnberg



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart

B/B/B BAYERISCHER BEAMTENBUND e.V.

BBW Beamtenbund Tarifunion

bfg Bayerische Finanzgewerkschaft

DSTG

dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt

dbb beamtenbund und tarifunion



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart



30. November, Stuttgart

ginnen und Kollegen vor dem Bundesrat in Berlin demonstriert. Dort fand die Finanzministerkonferenz der Länder statt. Unterstützt wurden sie vom dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, der vor Ort die Arbeitgebenden aufforderte, in der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde ein Angebot vorzulegen, das die Arbeit der Beschäftigten wertschätzt und ihnen den Anschluss an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst garantiert: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es leid, als lästige Bittsteller behandelt zu werden. Sie sorgen mit ihrer Arbeit täglich dafür, multiple Krisen zu meistern, und sie leisten in der Finanzverwaltung einen wesentlichen Beitrag für stabile Steuereinnahmen und fiskalische Rechtssicherheit“, so Silberbach. Weiter forderte Silberbach eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich: „Es darf hier kein Taktieren und keine Verzögerungen geben. Für den dbb ist die Einkommensrunde erst abgeschlossen, wenn auch die Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen Anschluss halten.“

Florian Köbler, DSTG-Bundesvorsitzender, bekräftigte die absolute Notwendigkeit eines starken linearen Tarifabschlusses: „Das Zögern der Arbeitgeberseite ist brandgefährlich für Deutschland in Zeiten rasant steigenden Fachkräftemangels. Der Umgang mit den Beschäftigten der Finanzverwaltung ist blanker Hohn. Was ist es für ein Zeichen, wenn der Staat exzellent ausgebildete Beschäftigte so bezahlt, dass sie Wohngeld beantragen müssen? Das ist perfide!“ Mit Blick auf die düsteren Prognosen zum Fachkräftemangel warnte der DSTG-Chef: „Der Staat riskiert nichts Geringeres, als dass Deutschland handlungsunfähig wird mit katastrophalen Folgen für die Gesellschaft. Einen Haushalt ohne Gelder zu beschließen, wird auch in Zukunft nicht klappen.“



30. November, Berlin



30. November, Berlin



30. November, Berlin



30. November, Berlin



30. November, Berlin



30. November, Berlin

B/B/B BAYERISCHER BEAMTENBUND e.V.

BBW Beamtenbund Tarifunion

bfg Bayerische Finanzgewerkschaft

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT

dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt

dbb beamtenbund und tarifunion



29. November, Halle



29. November, Halle



29. November, Halle

Halle / Saale

„Wir lassen nicht locker. Unser Protest gegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber geht weiter“, machte dbb-Landeschef in Sachsen-Anhalt Ulrich Stock am 29. November 2023 auf der Mittagsdemo vor 150 Beschäftigten in Halle deutlich. „Die Länder sind auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und nicht einmal zu Bund und Kommunen. Mit Blick auf diejenigen, die sich darum kümmern, dass es im Land Sachsen-Anhalt gerade so noch rund läuft, ist es ein ‚Jammer‘, dass die Arbeitgeber nicht bereit sind, diese angemessen zu bezahlen“, so Stock weiter. „Der öffentliche Dienst wird seit Jahren auf Verschleiß gefahren. Es wird weder in das Personal noch in deren Arbeitsbedingungen investiert. Aber nur wer gut bezahlt, bekommt auch gute Leute. Und die braucht der öffentliche Dienst dringender als je zuvor.“




Weitere Informationen finden Sie auf unserer Sonderseite unter www.dbb.de/einkommensrunde

Der dbb und die DPoIG helfen!

Als Gewerkschaftsmitglied der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Die 18 Landes- und Fachverbände der **DPoIG** mit ihren rund 100.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach des **dbb** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles, was im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **DPoIG**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dpolg.de und www.dbb.de, durch Flugblätter **DPoIG aktuell** oder **dbb aktuell** und durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **Tarifschriften**.





Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> in Ausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> Allg. Verw.-Dienst	<input type="checkbox"/> tech. Dienst
<input type="checkbox"/> Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe _____

Teilzeit, Stunden _____

Dienstherr / Arbeitgeber _____

Amt / Dienststelle / Betrieb _____

Gewerkschaftsmitglied bei _____

von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift _____

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030. 47 37 81 23, Fax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de

Der dbb ist das Dach von 41 Gewerkschaften – eine davon ist auch in Ihrer Nähe.